

Beschluss des Landrats vom 04.11.2021

Nr. 1155

21. Register GAV 2020/566; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab.

Bálint Csontos (Grüne) führt aus, dass die Gesamtarbeitsverträge (GAV) teilweise privat, teilweise allgemeinverbindlich erklärt seien. Teilweise sind sie auf Bundesebene, teilweise auf Kantonsebene vorhanden. Es bestand das Problem, dass bei einem bestimmten GAV unklar war, welcher in Kraft ist und auf Basis welches GAV die entsprechenden Beträge von den Betroffenen erhoben werden. Dies wurde im Landrat diskutiert. Es stellt sich die Frage, wie dies verbessert werden kann. Während der damaligen Recherche wurde bemerkt, dass es nicht ganz einfach ist, sich einen Überblick zu verschaffen. So entstand das vorliegende Postulat.

Der Regierungsrat lehnt das vorliegende Postulat mit der Begründung ab, man finde alle Informationen online und es gebe entsprechende Register. Das ist korrekt und die Antwort nachvollziehbar. Dennoch soll das Postulat überwiesen werden. Der Regierungsrat wird gebeten, im Rahmen der Postulatsbearbeitung aufzuzeigen, wie verhindert werden kann, dass man nicht mehr weiss, welcher Vertrag in Kraft ist. Das dürfte eigentlich gar nicht Anlass für Fragen geben.

Markus Brunner (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion lehne das Postulat ab und folge der Regierung. Dies aus zwei Gründen: Zum einen kann sich der Kanton nicht in privatrechtliche Angelegenheiten einmischen, auch bei einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung, wo bereits eine Mitteilungspflicht besteht. Zum anderen wäre – nach einem langwierigen Gesetzesverfahren – der administrative Mehraufwand nicht unerheblich und steht somit keinem zusätzlichen Nutzen gegenüber. Der Staat hat sich nicht einzumischen. Abgesehen davon sind bereits heute alle GAV öffentlich einsehbar, sei es beim SECO oder der von der UNIA betriebenen Webseite www.gav-service.ch. Im Weiteren sind paritätische Kommissionen auskunftspflichtig gegenüber Arbeitnehmenden. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Christof Hiltmann (FDP) informiert, auch die FDP-Fraktion lehne das Postulat ab und folge der Begründung des Regierungsrats voll und ganz.

Marc Scherrer (CVP) verweist auf die Argumente von Markus Brunner. Die CVP/glp-Fraktion lehnt das Postulat ebenfalls ab.

Adil Koller (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze das Postulat, weil es in der Vergangenheit in dieser Thematik Wirren gab. Eine vertiefte Abklärung, ob ein Register nützlich wäre, ist aus Sicht der SP sinnvoll. Es handelt sich nicht um eine Einmischung des Staats in privatrechtliche Verträge, sondern es wird mehr Transparenz hergestellt. Gerade in diesem Bereich ist dies sinnvoll für alle.

://: Mit 45:36 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.
